

Atomgegner stehen vor dem Scheitern

Sie wollen fixe Abschaltzeiten für AKW. Aber nach einem halben Jahr haben die Promotoren einer neuen Initiative nicht mal 1000 Unterschriften gesammelt.

Stefan Häne

Seit rund 200 Tagen versucht der Verein «Atomkraftwerke abschalten Schweiz», die Bevölkerung von seinem Anliegen zu überzeugen. Sein Ziel ist eine Neuauflage der Atomausstiegsinitiative, die das Stimmvolk vor gut einem Jahr abgelehnt hat. Leibstadt müsste also spätestens 2029 vom Netz, Gösgen 2024, Beznau I und II ein Jahr nach Annahme der Initiative (Mühleberg wird 2019 ohnehin abgeschaltet). Doch auf Resonanz stossen die Promotoren der Volksinitiative mit dem Namen «Atomkraftwerke abschalten - Verantwortung für die Umwelt übernehmen» nicht. Bislang sind noch keine 1000 Unterschriften zusammengekommen, wie sie auf ihrer Website schreiben.

Initiant Beat Huber aus Siblingen SH spricht von einer «schlechten Zwischenbilanz». Und er kündigt an: «Wenn wir bis zum Frühling nicht signifikant mehr Unterschriften sammeln können, werden wir über einen vorzeitigen Abbruch entscheiden.» Noch sei es aber nicht zu spät. Indes: Bis Mitte November 2018 müssen die Initianten 100 000 gültige Unterschriften beisammen haben - hundertmal mehr als heute, und bereits ist mehr als ein Drittel der Sammelfrist verstrichen.

Experten zeigen sich über die Mühen der Initianten nicht überrascht. «Es gehört wohl zu den Selbstregulierungskräften unseres halb direktdemokratischen Systems, dass Begehren, über die eben erst abgestimmt wurde, nicht sofort wieder auf die politische Agenda gelangen», sagt Marc Bühlmann, der Direktor von Année Politique Suisse an der Universität Bern. Ende November 2016 hatten die Stimmbürger der Forderung nach fixen Abschaltzeiten für Atomkraftwerke eine Absage erteilt - mit 54 Prozent Nein-Stimmen. Diesen Mai dann hiessen sie die Energiestrategie 2050 mit 58 Prozent gut - und damit einen Atomausstieg ohne fixen Abschalttermin.

Ohne rot-grüne Hilfe

Dass es zäh werden würde, wussten die Initianten von Beginn weg. Entsprechend hofften sie auf die Hilfe des rot-grünen Lagers. Doch weder aus den Reihen der Linksparteien noch aus dem Kreis der Umweltverbände kam der erhoffte Support. «Die Initiative wurde nicht mit uns erarbeitet», sagt dazu Nationalrat Bastien Girod (Grüne). Umweltinitiativen aber sollten möglichst breit aufgestellt werden. Initianten müssten Umweltverbände und Parteien mit ins Boot holen, und zwar vor der Lancierung. «Ansonsten sind die Sammlung und dann insbesondere der Abstimmungskampf schwierig bis chancenlos».

Entscheidend für den Sammelerfolg sind weitere Komponenten: Bringt das Initiativkomitee Erfahrung mit? Ist genügend Geld vorhanden? Trümpfe dieser Art kann der Verein «Atomkraftwerke abschalten Schweiz» offensichtlich nicht spielen. Für Politologe Bühlmann zeigt der Fall, wie schwierig es effektiv ist, Unterschriften zu sammeln, und «wie kontraproduktiv» eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen sein könnte, wie dies etwa die BDP letztes Jahr verlangte. «Man würde es damit den organisierten Interessen noch einfacher und den schlechter organisierbaren Interessen noch schwerer machen», so Bühlmann.

Doch Umweltanliegen kann es auch anders ergehen, wie die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» belegt. Binnen 250 Tagen haben deren Promotoren - eine Gruppe von Privatpersonen - ihr Ziel erreicht, wie sie am Samstag mitgeteilt haben: mehr als 100 000 beglaubigte Unterschriften. Das Anliegen, mit dem man das Trinkwasser schützen will, trifft offensichtlich einen Nerv in der Bevölkerung. Anders die Neuauflage der Atomausstiegsinitiative. Der Verein «Atomkraftwerke abschalten Schweiz» muss feststellen, dass sich die Bevölkerung von seinem Ansinnen «nicht betroffen fühlt».



Der Jihadismus steht im Fokus, doch die Massnahmen betreffen jeglichen Extremismus: Flagge des Islamischen Staats. Foto: Reuters

«In den Gemeinden finden die Tragödien statt»

Gustave Muheim, Vizepräsident des Gemeindeverbands, erklärt, wie künftig an der Basis effizienter gegen gewalttätigen Extremismus vorgegangen werden soll.

Mit Gustave Muheim sprach Sarah Fluck

Sie haben mit Vertretern von Bund, Kantonen und Gemeinden den Nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus vorgestellt. Worin bestehen die Herausforderungen für die Gemeinden?

In den Gemeinden finden die täglichen Tragödien statt. Hier kommt es zur direkten Konfrontation mit Radikalisierung und Extremismus. Für das zukünftige Vorgehen ist deshalb klar: Der Bund koordiniert, der Kanton übernimmt gewisse Präventionsaufgaben, und die Gemeinden leisten die Grundarbeit.

Wie wird diese Arbeit konkret aussehen?

In einem ersten Schritt werden die Gemeinden die Personen für die Thematik sensibilisieren, die direkt mit der Bevölkerung - insbesondere mit Kindern und Jugendlichen - in Kontakt stehen. Dies sind beispielsweise die Leiter von Sportclubs, von Kultur- und Freizeitvereinen. Bei ihnen soll ein verstärktes Bewusstsein für die Problematik geschaffen werden, damit sie auffälliges Verhalten schneller erkennen und gegebenenfalls melden.



Gustave Muheim
Vizepräsident des Schweizerischen Gemeindeverbands

Mit wem sollen sie ihre Beobachtungen teilen?

Nicht jede Gemeinde wird allein ein Programm aufbauen können. So werden in kleineren Gemeinden gar direkt der Gemeindepräsident und seine Mitarbeiter eine Anlaufstelle sein. Dies ist aber nicht tragisch, da an diesen Orten oftmals bereits eine grössere soziale Kontrolle besteht. Die Städte hingegen, die mehr Kapazitäten und Personal haben, werden eigene Programme und Anlaufstellen aufbauen. In der ersten Phase des Aktionsplans werden verschiedene Modelle ausprobiert. Nach einem Jahr werden dann Best Practices evaluiert.

Was geschieht, nachdem eine Meldung eingegangen ist?

Konkret sollen die Fälle zukünftig für die Koordination an regionale Verbände,

die Kantone und anschliessend an den Bund weitergeleitet werden. Damit alle Stellen miteinander kommunizieren können, braucht es zuerst jedoch noch gesetzliche Anpassungen. Ich persönlich hoffe zudem, dass anschliessend auch wieder zurück mit den Gemeinden kommuniziert wird. Ansonsten werden sich Bürgerinnen und Bürger, die eine Beobachtung mitgeteilt haben, künftig nicht mehr melden.

Betrifft der Aktionsplan nur den Radikalismus durch den Islam?

Aktuell steht sicherlich der Jihadismus im Zentrum, doch beziehen sich die Massnahmen gegen Extremismus auf

alle Formen. Das bedeutet, erkannt werden sollen jene Personen, die den Staat nicht anerkennen und aktiv versuchen, ihn zu zerstören.

Der Bund stellt für die Umsetzung des Aktionsplans fünf Millionen Franken für fünf Jahre zur Verfügung. Wie viel erhalten die Gemeinden?

Die Gemeinden sowie die Städte müssen für die Kosten ihrer Projekte selbst aufkommen. Der Betrag des Bundes wird dafür eingesetzt, den Austausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu fördern und überregionale Konzepte und Ideen zu finanzieren.

Kampf gegen Extremismus

Nationaler Aktionsplan lanciert

Bund, Kantone und Gemeinden koordinieren ihre Massnahmen gegen die Radikalisierung.

Der Aktionsplan ist Teil der Strategie zur Terrorismusbekämpfung. Er soll innerhalb von fünf Jahren umgesetzt sein. Der Bundesrat will die Umsetzung mit einem Impulsprogramm fördern. Dafür stehen für fünf Jahre total 5 Millionen Franken zur Verfügung. Die Hauptverantwortung tragen die Kantone, Gemeinden und Städte. Justizministerin Simonetta Sommaruga sprach gestern vor den Medien von einem «klassischen föderalistischen Gemeinschaftswerk». Der Aktionsplan ergänze Bestehendes und zeige auf, was zur Nachahmung empfohlen sei.

Das trifft zum Beispiel auf Fach- und Beratungsstellen zu. In mehreren Städten gibt es solche. Künftig soll jeder Kanton auf seiner Internetseite eine Fachstelle bekannt geben, die eigene oder eine regionale. An diese können sich Behörden wenden, aber auch Angehörige von Personen, die sich radikalisierten. Weiter soll jeder Kanton eine Behörde für die Betreuung radikalisierter Personen ausserhalb von Strafverfahren und Strafvollzug bezeichnen. Diese soll Reintegrationsmassnahmen anbieten.

Fachpersonen sollen sensibilisiert werden - Lehrerinnen und Lehrer, Sozial- und Jugendarbeiterinnen, Polizisten, aber auch Sporttrainer und Verantwortliche von Kultur- und Freizeitvereinen. Ihnen sollen Aus- und Weiterbildungen angeboten werden, damit sie die Zeichen einer Radikalisierung frühzeitig erkennen und entsprechend handeln.

Radikalisierung finde meist leise statt, deshalb brauche es Aufmerksamkeit, sagte der St. Galler Regierungsrat Martin Klöti, Präsident der kantonalen Sozialdirektorenkonferenz. Der Zürcher Stadtrat Richard Wolff stellte als Vertreter des Städteverbands fest, die beste Prävention sei eine starke Gesellschaft, die nicht ausgrenze. Quartierarbeit gehöre ebenso zur Prävention wie Frühförderung mit Blick auf Chancengleichheit in der Schule.

«Gegennarrative» im Internet

Der Aktionsplan enthält auch Massnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung im Internet. Das Ziel: Personen, die im Internet gewaltextremistisches Propagandamaterial suchen oder darauf stossen, sollen Gegenargumente finden. Die «Gegennarrative» sollen Organisationen der Zivilgesellschaft verbreiten, in einer Pilotphase durch den Bund finanziert. Für bereits radikalisierte Kinder und Jugendliche erarbeitet die Schweizerische Gesellschaft für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie einen Katalog mit Massnahmen für den Ausstieg.

In Arbeit ist zudem ein Gesetz über präventiv-polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Manche der Massnahmen im Aktionsplan setzen diese Gesetzesänderungen voraus. So ist der Aufbau eines Bedrohungsmanagements vorgesehen. Durch eine enge Zusammenarbeit wollen die Behörden das Gefährdungspotenzial bei einzelnen Personen oder Gruppen frühzeitig erkennen können. Dazu sollen die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden personenbezogene Informationen austauschen, was auf der heutigen gesetzlichen Grundlage nicht möglich ist. (SDA)

Kindermedikamente sollen sicherer werden

Ein Verzeichnis mit Empfehlungen für die Arzneimitteldosierung soll helfen, dass Kinder nicht mit falschen Dosierungen behandelt werden. Kinderärzten bleibt heute bei der Verschreibung oft nichts anderes übrig, als sich an Erwachsenenentests zu orientieren. Um Abhilfe zu schaffen, seien das Heilmittelgesetz und die Bestimmungen über das geistige Eigentum angepasst worden, teilte das Bundesamt für Gesundheit mit. Damit solle ein Anreiz für die Pharmaindustrie geschaffen werden, mehr Kinderarzneimittel zu entwickeln. Ab dem 1. Januar 2018 steht ein Verzeichnis zur Verfügung. Es umfasst 100 harmonisierte Empfehlungen für 30 Wirkstoffe zur Indikation, Dosierung und Verabreichung von Arzneimitteln. Zudem haben acht Kinderkliniken sowie die Gesellschaft für Pädiatrie und der Verein der Amts- und Spitalapotheker den Verein Swiss-Ped-Dose gegründet. Er ist Kontrollbehörde und für die Verwaltung des nationalen Verzeichnisses verantwortlich. (SDA)

Nachrichten

Sicherheit

Ständerat heisst Gesetz zu Informationssicherheit gut

Der Ständerat hat das Informations-sicherheitsgesetz gutgeheissen, mit dem die Sicherheit von Informationen in der Bundesverwaltung verbessert werden soll. Laut Verteidigungsminister Guy Parmelin schafft das Gesetz einen Mindeststandard und schliesst Sicherheitslücken. Unbestritten war im Ständerat auch, dass die Behörden neu die AHV-Nummer systematisch als Personenidentifikator verwenden dürfen. Die kantonalen Datenschützer hatten dies kritisiert: Das Risiko einer missbräuchlichen Verwendung sei zu hoch. Die Vorlage geht an den Nationalrat. (SDA)

Solaranlagen

Jahrelange Wartefrist für Subventionen des Bundes

Wer von einer Einmalvergütung des Bundes für eine Solaranlage profitieren will, muss künftig statt Monate Jahre auf das Geld warten. Die Wartefristen für kleine Anlagen steigen auf mindestens zweieinhalb Jahre, für grosse Anlagen gar auf sechs Jahre. Dies erklärte eine Sprecherin des Bundesamts für Energie in der Sendung «Heute Morgen» von Schweizer Radio SRF. Die längeren Wartezeiten sind die Folge der neuen Energiestrategie, die dafür sorgt, dass mehr Fördermittel zur Verfügung stehen. Diese reichen aber nicht aus, um die Warteliste vollständig abzubauen. Während es für kleine Solaranlagen ab dem 1. Januar 2018 nur noch eine Einmalvergütung in der Höhe von 30 Prozent der Investitionskosten gibt, können neu auch Betreiber grosser Anlagen bis 50 Megawatt eine Vergütung beantragen. (SDA)

Schweiz-EU

Ignazio Cassis verteidigt die Kohäsionsmilliarde

Aussenminister Ignazio Cassis hat am Montag im Parlament seinen ersten Auftritt als Bundesrat absolviert. In der Fragestunde des Nationalrats nahm er Stellung zur neuen Kohäsionsmilliarde und verteidigte diese. Lorenzo Quadri (Lega, TI) wollte von Cassis wissen, wie sich der neue Kohäsionsbeitrag mit der von Cassis angekündigten «Reset-Politik» vereinbaren lasse. Der Aussenminister hatte vor seiner Wahl gesagt, er wolle in der Europapolitik den «Reset-Knopf» drücken. Das betreffe das institutionelle Rahmenabkommen, antwortete Cassis. Auf die Frage, wie sich die Kohäsionsmilliarde mit den Sparbemühungen des Bundes vertrage, stellte er fest, die Kosten betrügen 1.25 Franken pro Einwohner und Monat. (SDA)

Gesundheit

Pflegeinitiative ist zustande gekommen

Das Stimmvolk kann über die Pflegeinitiative entscheiden. Das Begehren ist zustande gekommen. Von den 114 403 eingereichten Unterschriften sind laut der Bundeskanzlei 114 078 gültig. Das Begehren verlangt, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung fördern. (SDA)